

Arbeiterzeitung

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

6. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 24. Juli 1930 Nummer 170

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen und in allen Buchhandlungen
Sammelt für Mansfeld!
Mansfeld muß siegen!

Von den Nazis bis zur SPD

Arbeitsbeschaffung niedergestimmt!

Kommunistische Abgeordnete auf 21 Sitzungstage ausgeschlossen / Erwerbslose von SPD-Ebert als „Zentnerbrüder“ beschimpft / SPD-Arbeiter, Proletarier aus der NSDAP rechnet ab mit euren korrupten Führern! / Mobilisiert zum 1. August und NSDAP-Kongress! / Einheitsfront unter bolschewistischem Banner!

Dresden, den 24. Juli.
Die gestrige Schlußsitzung des Sächsischen Landtages hat die allgemeine Niederdrückung der kommunistischen Arbeitsbeschaffungsprogramme durch SPD-Führer und Nazis bestätigt. 387 000 Erwerbslose verzeichnet heute der amtliche Arbeitsmarktbericht. 220 000 mehr als im Vorjahre. Die Kurve steigt ununterbrochen, mit ihr die Not der Ausgeschlossenen aus dem Produktionsprozeß, die Opfer der kapitalistischen Krise.

Die Verheerung der Erwerbslosigkeit ist für Sachsen eine zentrale Forderung geworden. Auf sie haben die Kapitalisten, wenn sie zur Lohnabwandschneise übergehen, Arbeitslosigkeit, wenn sie die proletarische Klassenfront zermürben, dem Widerstand der betriebsfertigen Arbeiter den Genickschlag geben. Mit der Befestigung der Arbeitslosigkeit würden nicht nur hunderttausende Familien von dem schrecklichen sozialen Los des Hungererns erlöst, auch der dem Ruin und dem Verfall nahe Mittelstand würde die Erhöhung der Lohnsummen als Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage verspüren.

Darum haben wir Kommunisten als ersten Vorschlag im neu gewählten Landtag ein Arbeitsbeschaffungsprogramm eingereicht und zum Gegenstand einer umfassenden parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktion gemacht. Gelingen ist im Landtag die Entscheidung gefallen.

Die Nazis und SPD haben auf ihre Wahlversprechungen gespuckt, sie haben gemeinsam mit den kapitalistischen Ausbeutern die Hilfsaktion für die Erwerbslosen, für das gesamte sächsische Proletariat niedergestimmt.

Sie haben die Einführung des Siebenstundentages im Nachhinein begraben.

Sie haben die Befestigung der Ruderhaltungspflicht über ausgedehnte Fürsorgeunterstützung abgelehnt.

Sie haben mit wenigen Ausnahmen unsere Anträge auf Arbeitsbeschaffung unter dem Beifall der kapitalistischen Parteien nicht den Tisch gestimmt.

Der Sozialdemokrat Ebert beschimpft die Schamlosigkeit, einen von der Tribüne herab protestierenden Erwerbslosen einen „Zentnerbrüder“, Herbergsjanhagel, zu beschimpfen. Der Sozialdemokrat Weckel übertrumpfte seinen Genossen, indem er die berechtigte Empörung der kommunistischen Abgeordneten mit dem Sitzungsausschluß der Genossen Renner, Siederer und Siegel beantwortete. 21 Sitzungstage lang sollen die kommunistischen Abgeordneten daran gehindert werden, die Schandpläne dieses arbeitserfindlichen Landtages zu durchkreuzen.

Der Landtag ist bis Ende September vertagt worden. Die Abgeordneten, die Sabotage der Arbeitsbeschaffung sind in die Ferien gereist. Der Regierungshandel geht weiter.

Aber mögen Sie die Mittel der Demokratie, die Terrorparagrafen ihrer parlamentarischen Geschäftsordnung in Anwendung bringen. Die Nazis, die SPD-Führer, die bürgerlichen Parteien haben sich genügend entlarvt. Sie werden ihre Zustimmung am 11. September erhalten. Sie werden im Laufe dieses Wahlkampfes abgestempelt werden in Tausenden von Versammlungen als die Koalitionsbrüder der Bourgeoisie, als die grimmigsten Feinde der arbeitenden Massen.

Nachstehend bringen wir eine Erklärung der kommunistischen Landtagsfraktion, die noch einmal einen Heberblick gibt über die „Tätigkeit“ des neu gewählten Landtages und den Weg aufweist, der den arbeitenden Massen Brot und Arbeit bringt. (Die Erklärung siehe 2. Seite 1. Spalte.)

100 000 kommunistische Arbeiter werden eure Lügen entlarven!

Unsere Antwort an das Hitler-Hugenberg-Geidde-Bündnis

Berlin, den 24. Juli.
Der „Stahlhelm“ veröffentlicht zu den Reichstagswahlen eine Kundgebung. Sie spielt deutlich auf die offene Diktatur an. Die Mitglieder werden aufgefordert, ihre Stimmen nur den Parteien zu geben, die sich für Hugenbergs Volksbegehren einsetzen. Es heißt wörtlich:
„Der Stahlhelm hält sich bereit für den heran nahenden Zeitpunkt, in dem die regierenden Männer nicht mehr durch die Parteizugehörigkeit bestimmt, sondern lediglich aus dem Grade ihres nationalen Willens und ihres Könnens erkoren werden.“

Diese Mitteilung der Stahlhelm-Führung läßt keinen Zweifel über das geschlossene Bündnis Hugenberg, Hitler und Geidde. Sie bestätigt die vor wenigen Tagen geführten Geheimverhandlungen zwischen Hugenberg und Hitler, in denen Hugenberg sich zur finanziellen Unterstützung der Hitler-Partei verpflichtete. Mit demselben Stahlhelm, der die Hitler-Front bezieht, haben die Seering und Dörning, die Baentig und Braun ihren Befehlsummel am Rhein gemeinsam durchgeführt. In einem Artikel des Völkischen Beobachters heißt es heute:
„Rund 1000 Redner wird die NSDAP für den Reichstagswahlkampf in Aktion setzen. In rund 20 000 Versammlungen wird von der NSDAP der Geist des Widerstandes und der Neugeburt wachgerufen werden.“
Hitler schwimmt im Geld. Die Geldquellen der Kapitalisten fließen reichlich. Der Geist der „Neugeburt“, der Geist des Streikbruchs und der Regenersteuer, der Arbeitsbeschaffungsverhinderung und des Arbeitermordes ist eine Stange wert.
Aber wir Kommunisten werden den Kapitalistenfeinden einen Strich durch die Rechnung machen. Auf 1000 schwergehaltene Nazi-Referenten werden 100 000 kommunistische Arbeiter als Agitatoren des Volksemissiums antworten.

220 000 Arbeitslose in Sachsen mehr als im Vorjahr

Aber Nazis und SPD stimmten Arbeitsbeschaffung nieder

Dresden, den 24. Juli.
Die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Vom Landesarbeitsamt wird berichtet, daß 9500 neue Erwerbslose als Arbeitsuchende in der ersten Hälfte des Juli gemeldet sind. Mitte Juli betrug die Zahl der Arbeitsuchenden 387 000 gegen über 160 000 im Juli des Vorjahres. Davon sind rund 52 000 Bauarbeiter.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ist von 198 841 auf 196 613 gesunken, demgegenüber aber sind die Krisenunterstützungsempfänger von 69 925 auf 73 723 in der ersten Julihälfte gestiegen. Besonders groß ist die Arbeitslosigkeit in den kleineren und mittleren Gemeinden bis zu 5000 Einwohnern. Sie beträgt 40,4 vom Tausend und 41,8 vom Tausend gegenüber 35,7 vom Tausend in den Gemeinden bis zu 100 000 und 37,8 vom Tausend in den Gemeinden über 100 000 Einwohner.

Diese erschreckenden Arbeitslosenziffern, die selbst nach dem Bericht des Landesarbeitsamtes fortgesetzt anwachsen, zeigen, wie verwerflich die Haltung der SPD-Führer, der bürgerlichen Parteien und Nazis, die lediglich um der Sicherung des Profits der Ausbeuter willen, einen verlogenen Kampf gegen das kommunistische Arbeitsbeschaffungsprogramm im Sächsischen Landtag führten.

Notverordnung gegen Arbeitslose

Berlin, den 24. Juli.
Die Diktatur-Regierung Hindenburg wird wahrscheinlich nicht mehr in dieser Woche die Notverordnungen, sondern in

nächster Woche verkünden. Dieser spätere Termin ist zurückzuführen auf die Verhandlungen, die im Augenblick noch im Kabinett geführt werden und dazu dienen, neue Ausplünderungsbestimmungen in die Notverordnungen einzubringen. Es steht jetzt schon fest, daß die Arbeitslosenversicherung verkleinert wird.

Reformismus oder Kommunismus?

Wer rettet das arbeitende Volk vor Hunger, Krieg und Faschismus? Wer kämpft gegen Diktatur? Artikel 48?

Massenversammlung

am Dienstag, 29. Juli, 20 Uhr im Keglerheim, Friedrichstr. Weckel, Edel, Arndt werden aufgefordert, in der Versammlung ihre Handlungen zu verteidigen. Für die KPD spricht Rudolf Renner, Md.L.

An den Branger mit einer solchen „Arbeiter“partei!

Nazis lehnen Unterstützung für Neurode ab

Eisen, 24. Juli.
In der letzten Stadtoerordnetenversammlung in Eisen stimmten die Nazis gegen eine Unterstützung von 10 000 Mark für die Hinterbliebenen der 151 gemordeten Neuroder Kumpels mit der zynischen „Begründung“, daß die Unterstützung der Hinterbliebenen nicht kommunistisch, sondern Reichslos sei, während sie genau wissen, daß das Reich fast nichts für die Unterstützung hergibt. Den Unterstützungsantrag der Kommunisten beschimpfte der Naziredner als Demagogie.
Lumpige 10 000 Mark an die Hinterbliebenen dieses von den Grubenherren verurteilten Massenmordes verweigern die nationalsozialistischen Arbeiterfeinde! Und diese Burshen wagen es, sich im Wahlkampf als „Vertreter der deutschen Arbeiter“ hinzustellen.
Wie wir erfahren, beschloß der Vorstand der NSDAP, keine eigene Liste zur Reichstagswahl aufzustellen. Die Anhänger werden aufgefordert, dem Jungdo ihre Stimme zu geben.